

Fernsehen auftauchen, wird ihre SPD-Nähe von den Moderatoren fast immer verschwiegen. Dass Schröder die Notwendigkeit einer Brandmauer zur AfD anders beurteilt als eine solche gegenüber der Linken, versteht sich von selbst.

Experten unter falscher Flagge

Diese Experten segeln unter der falschen Flagge der scheinbaren Überparteilichkeit. Das gilt ebenfalls für den Armutsforscher Professor Christoph Butterwegge (Köln) oder den Sozialmediziner Professor Gerhard Trabert (Mainz). Beiden ist gemein, dass sie von der Linkspartei als Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten nominiert wurden, 2017 beziehungsweise 2022. Doch der Fernsehzuschauer erfährt davon nichts, wenn sie zu Wort kommen.

Der parteilose Trabert wurde inzwischen vom Vorstand der Linken als einer der Spitzenkandidaten für die Europawahl im Juni 2024 vorgeschlagen. In der vom Hessischen Rundfunk für „Tagesschau 24“ produzierten Sendung „Klimazeit“ wird er dennoch schlicht als „Sozialmediziner“ präsentiert, ohne auf seine enge Verbindung mit der Linken einzugehen.

Linke als gern gesehene Interviewpartner

Eine Freifahrkarte als politisch vermeintlich Unabhängiger genoss lange Zeit auch der Sozialfunktionär Ulrich Schneider. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist als scharfer Kritiker der Sozialpolitik und als Anwalt deutlich höherer Steuern häufig in Talkshows zu sehen und zu hören.

Dass Schneider von 2015 bis 2022 Mitglied der Linken war, blieb unerwähnt. Sein Parteiaustritt hatte mit der Sozialpolitik nichts zu tun. Es war Schneiders Reaktion auf die pro-russischen Äußerungen seiner Genossin Sahra Wagenknecht.

Für Siebenhaar liegt auf der Hand, dass ARD und ZDF häufig Experten auswählen, „welche die eigene These des Beitrags bestätigen. Das grenzt Experten mit konträrer Meinung aus und erfüllt nicht den selbst gestellten Anspruch einer ausgewogenen Berichterstattung.“ Zudem falle auf, dass zu vielen Themen immer wieder die gleichen Experten vor die Kamera oder das Mikrophon geholt würden. Das könne, so Siebenhaar, aus politischen Gründen oder aus Bequemlichkeit passieren. Diese Einseitigkeit schrecke viele Zuschauer zunehmend ab.

Gesprächspartner, deren parteipoliti-

sche Orientierung verschwiegen wird, sind im ÖRR eher die Regel als die Ausnahme. Wobei man korrekterweise sagen muss, dass der beste Schutz vor einer solchen Enthüllung das „richtige“ Parteibuch ist, also eines von SPD, Grünen oder der Linken. Dann ist man immer wieder gefragt, wenn es um die Beurteilung von CDU/CSU, der Wirtschaft oder sonstigen Ungerechtigkeiten geht.

Grünen-Funktionär als Kommentator

Für die Sender höchst blamabel ist allerdings, wenn Redakteure des ÖRR einer Partei angehören und dann ungeniert ihre Herzensthemen kommentieren. Der WDR-Wirtschaftsjournalist Detlef Flintz äußerte sich in den Tagesthemen besonders gerne zu klimapolitischen Notwendigkeiten und Versäumnissen.

Das endete, als im vergangenen Jahr bekannt wurde, dass er zugleich im Grünen-Vorstand des Stadtverbandes Grevenbroich aktiv war. Dass da „der Eindruck der Voreingenommenheit entstehen könnte“, wurde selbst dem WDR klar. Fortan durfte der WDR-Grüne nicht mehr Klima- und Umweltthemen kommentieren. Dafür lobt der Sender sich selbst überschwänglich: „Dabei ist unser wichtigster Maßstab unsere Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit.“

Klima und Genderpolitik als Top-Themen

Die politische Tendenz von ARD und ZDF ist eindeutig: Klima, Genderpolitik, Umverteilung und „Kampf gegen rechts“ sind die dominierenden Themen. Auch deshalb kommt die einseitige Auswahl von Gesprächspartnern nicht zufällig zustande. Der Medienexperte Siebenhaar sieht jedoch die Bedeutung der Öffentlich-Rechtlichen kontinuierlich sinken. Der Grund: die Überalterung der Zuschauer.

Laut Siebenhaar liegt das Durchschnittsalter bei ARD, ZDF und Dritten bei 60 Jahren und mehr - Tendenz steigend. „Das heißt, Nachrichten, Politikmagazine und Talkshows erreichen nur noch einen Teil der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Den Intendanten ist die Problematik sehr bewusst. Doch einen öffentlichen Diskurs darüber scheuen sie mit wenigen Ausnahmen.“

Geldgier und Überheblichkeit

Unseriöse journalistische Methoden prägen keineswegs die tägliche Arbeit der meisten Redakteure in den ÖRR-Anstalten. Doch werden ständig neue Vor-

kommnisse bekannt, die die Sender in das schlechte Licht einer politischen Schlagseite rücken. Geldgierige Intendantinnen wie die Ex-RBB-Chefin Patricia Schlesinger, üppige Versorgungsleistungen für die „Hierarchen“ in den Funkhäusern, ein überheblicher ARD-Vorsitzender Kai Gniffke, der sich zu Recht gehaltsmäßig auf einer Stufe wie der Bundeskanzler sieht – dies alles fördert das Unbehagen am ÖRR als einem von den Bürgern zwangsweise finanzierten Paralleluniversum.

Wahrscheinlich nehmen die Intendanten und Chefredakteure Kritik an Pannen wie der mit der „Kundin“ aus dem Hause WDR nicht sonderlich ernst; die Gebühren-Milliarden fließen ja so oder so. Zu denken muss den ÖRR-Bossen aber geben, dass in den für den Rundfunk zuständigen Landesregierungen der Unmut über das Rundfunksystem – das teuerste auf der Welt – wächst.

Sieben Länder gegen höhere Gebühren

Von den 16 Ländern haben bisher sieben angekündigt, einer weiteren Anhebung der Rundfunkgebühr nicht zuzustimmen. Das ist deshalb von Bedeutung, weil die Rundfunkgebühr bisher nur bei Zustimmung aller Länder erhöht werden konnte.

Bei der Ablehnung einer Gebührenerhöhung spielt die Farbe der Koalitionen offenbar keine Rolle. Denn in diesen sieben Länderregierungen sind alle Parteien vertreten: Bayern (CSU/Freie Wähler), Brandenburg (SPD/Linke), Mecklenburg-Vorpommern (SPD/Linke), Niedersachsen (SPD/Grüne), Nordrhein-Westfalen (CDU/Grüne) und Sachsen-Anhalt (CDU/SPD/FDP). Eine solche Konstellation hat es noch nie gegeben. Wenn das den Intendanten und Chefredakteuren nicht zu denken gibt, was denn dann? ■

+++++

Ein persönliches Post Scriptum: Bei einer Talkrunde in einem öffentlich-rechtlichen Sender setzten sich die Teilnehmer so zusammen: eine SPD-Bundestagsabgeordnete, eine Professorin und ein Meinungsforscher, beide SPD-Mitglieder, und zum Zwecke öffentlich-rechtlicher „Ausgewogenheit“ ich als parteiloser Journalist. Auf dem Weg ins Studio raunte die Professorin der in der SPD bestens vernetzten Moderatorin zu: „Du sagst doch etwa nicht, dass ich SPD-Mitglied bin?“ Deren Antwort: „Selbstverständlich nicht.“ Selbstverständlich hielt die Moderatorin Wort.